ES GEHT UM MENSCHEN, NICHT UM ZAHLEN

Am 13.März

2 x NEIN zur Spitalplanung

Am 13.März findet die erste Abstimmung über die Zuger Spitalplanung statt. Wir sind bereits in der dritten Runde, aber die Regierungsparteien wollen immer noch nicht einsehen, dass eine Weiterführung ihres Vorhabens sinnlos ist.

Die erste Runde bestand aus dem Versuch, die Schwesternschule am Liebfrauenhof zu schliessen.

Dank dem Referendum der SAP, verwarf die Zuger Bevölkerung vor ziemlich genau 3 Jahren, am 10.März 1985, mit deutlicher Mehrheit diesen Angriff der Regierung.

Die zweite Runde wurde durch die Spitalinitiative eingeläutet, die innert kürzester Zeit (*alle bisherige SAP- und SGA- Rekorde wurden in den Schatten gestellt!)* ***über 10'000 Unterschriften auf sich vereinigte.***

Damit gaben die ZugerInnen der Regierung einen deutlichen Wink: "Wir wollen die vier Spitäler erhalten!" Die Initiative wurde wegen eines juristischen Formfehlers als ungültig erklärt.

Die Regierungsparteien versuchen es nochmals. Diesmal taktischer und - wie sie glauben - geschickter. Am 13.März kommen zwei Varianten zur Abstimmung: Erhaltung entweder des Spitals Cham oder des Liebfrauenhofs.

Wer - wie die Mehrheit der Zuger Bevölkerung - für vier Spitäler ist, kann das nur indirekt ausdrücken - mit einem nein zu beiden Varianten.

Dieses Durcheinander und das gegeneinander Ausspielen von Liebfrauenhof und Spital Cham versuchen nun die Bürgerlichen auszunützen. So geschehen an einer FdP-Veranstaltung, an der der Hünenberger Kantonsrat Leo Haas den Anwesenden klar zu machen versuchte, unbedingt einer der beiden Varianten zuzustimmen, denn - wie er sagte - "2 x Nein zu stimmen" zähle nichts.

In einer Frage wie der Gesundheitsvorsorge ist die Meinung der Mehrheit der Bevölkerung ein gewichtiger Grund für unsere Parole. Es gibt aber auch andere Gründe:

Wir sind gegen die Schliessung eines Spitals, weil sie einem Sozialabbau gleichkommt.

Wenn schon gespart werden soll, dann an anderen Orten, wie zum Beispiel beim Strassenbau.

Die Zuger Spitalplanung ist ein Beispiel bürgerlicher Strukturpolitik, die darauf hinausläuft, das abzubauen, was zu wenig Profit abwirft. Daher auch das Gerede von Spitälern, die "rentieren müssen". Der Rentabilitätsgedanke im Gesundheitssektor ist absurd. Die Spitäler müssen bei Krankheit und Unfall die nötige Hilfe gewährleisten. Zu hoffen ist aber, dass möglichst wenige Menschen diese Hilfe benötigen.

Die Steigerung der Kosten im Gesundheitssektor sind auf zwei Faktoren zurückzuführen: Einerseits sind die Ordensschwestern, die für "Gotteslohn" arbeiteten, immer mehr von bezahltem Personal ersetzt worden. Heute sind mehr als Dreiviertel der Spitalkosten Per-sonalaufwendungen. Niemand wird aber behaupten, dass das Spitalpersonal - mit Ausnahme der Chefärtzte - zuviel verdient. Der andere Grund ist die Entwicklung der Medizin. Immer mehr Krankheiten können kuriert und geheilt werden. Die sogenannte "Kostenexplosion" bleibt immer noch eine relative Sache, wenn wir an die massive Steigerung der Ausgaben in anderen Bereichen denken, zum Beispiel beim Verkehr. Und vergessen wir nicht, dass einer der Hauptgründe für die Steigerung der Krankenkassenprämien die Kürzung der Bundessubventionen war.

Mit Zahlenbeigerei versuchen uns sogenannte Experten klar zu machen, dass es in den Zuger Spitälern zuviele Betten hat. Das ganze gipfelt in der Feststellung, dass die "Zuger besonders spitalfreudig" seien. Als ob irgend jemand gerne ins Spital ginge.

Wenn die SGA sich gegen die Schliessung eines der vier Spitäler einsetzt, dann heisst das noch lange nicht, dass sie das bestehende Gesundheitssystem gut findet.

Dringend ist eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen für das Personal.

Weniger gestresstes Personal, das mehr Zeit hat, heisst auch bessere Betreuung der PatientInnen. Das Personal hätte menschlichere Arbeitsbedingungen und würde nicht so oft die Stelle wechseln, wie es heute der Fall ist. Die damit verursachten Unkosten würden weitgehend wegfallen.

Wir setzen uns aber auch dafür ein, dass die Ursachen für Krankheit und Unfall bekämpft werden.

Mit einem besseren Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz und weniger Stress könnten die Arbeitsunfälle reduziert werden. Eine massive Reduktion des privaten Auto- und Lastwagenverkehrs als Verursacher vieler Krankheiten und Unfälle wäre auch "Spitalplanung". Sparen beim Strassenbau kommt im wahrsten Sinne des Wortes dem Gesund-heitssektor "zu Gute". Weniger Unfälle (bei Temporeduktionen ganz eindeutig erwiesen), bessere Luft, weniger Lärm, mehr Entspannung für die LenkerInnen - das würde man-chen Spitalaufenthalt überflüssig machen. Aber eben: Reduzieren wir zuerst den Privatverkehr, dann können wir über die Schliessung irgendwelcher Spitäler diskutieren.

Bruno Bollinger